

gegenseitige Informationen über die sehr unterschiedliche Lage der deutschen Minderheiten in den einzelnen Ländern einschlossen, was deren Rechtslage und kulturelle Möglichkeiten vor 1990 wie auch ihre gegenwärtige Situation von der Größe der jeweiligen Zielgruppe bis zu den genutzten Medien und deren Ausstattung und Finanzierung anging. Auch die Existenz einer beobachteten und kontrollierten deutschen Presse im Rumänien der Ceaușescu-Zeit bedeutete immerhin das Fortbestehen deutschsprachiger Medien, nach Einschätzung der anwesenden Journalisten mitunter sogar mit mehr Bewegungsspielraum als in den rumänischsprachigen Pendanten. An diese Voraussetzungen ließ sich nach 1989 anknüpfen, selbst wenn die folgende massenhafte Auswanderung nach Deutschland finanzielle Probleme wie auch eine Einschränkung des Publikums bedeutete. Dagegen hatte die Leugnung der Existenz einer deutschen Minderheit im kommunistischen Polen zur Folge, dass erst allmählich spezifische Zeitungen bzw. Rundfunkstationen oder Sendungen gegründet werden mussten, die zudem auf keine Selbstverständlichkeit ihrer Nutzung bei der Zielgruppe aufbauen konnten.

Diese Verständigung über Arbeitsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten sowie die bei den Kollegen erfahrene Wertschätzung für das trotz der Schwierigkeiten erbrachte Angebot, etwa die tägliche zweistündige deutschsprachige Sendung des ungarischen Rundfunks, die mit extrem ausgedünntem Personalbestand produziert wird, waren aus der Sicht der Teilnehmer wichtige Ergebnisse. Zudem funktionierten die Gespräche als Kontaktbörse. Am Donnerstag fanden auch Workshops zu Onlinejournalismus, Marketing bzw. Zielgruppenorientierung statt. Dieses Angebot wurde breit genutzt, mit dem Wunsch vieler Teilnehmer, künftig auch rundfunk- und fernsehspezifische Workshops nutzen zu können. Am Freitag

schloss sich ein Austausch zu aktuellen Problemen und Möglichkeiten des Journalismus an. Gemma Pörzgen, Osteuropa-Korrespondentin der *Frankfurter Rundschau*, schilderte einleitend die Lage in Deutschland. Journalismus sei nur noch für wenige Kollegen eine stabile Einnahmequelle, oftmals werde anspruchsvolle Berichterstattung zu bestimmten Themen von engagierten Journalisten querfinanziert. Neben neuen Finanzierungsmöglichkeiten jenseits der großen Zeitungen und Sender (Crowdfunding u. ä.) stellte sie Datenjournalismus als neue, wenngleich aufwändige Möglichkeit zur Vermittlung komplexer Sachverhalte im Zusammenwirken mit EDV-Spezialisten und Grafikern vor.

Die Diskussion ging neben spezifischen Fragen der oft lokal tätigen deutschen Medien aus Osteuropa besonders auf die Osteuropa-Berichterstattung der großen deutschen Zeitungen und Sender ein, die von vielen Anwesenden inhaltlich und fachlich kritisch beurteilt wurde. In der Abschlussdiskussion wurde der Wunsch nach einer Fortführung derartiger Treffen, verbunden mit Vorschlägen zur Einladung einzelner Journalisten bzw. der Aufnahme weiterer Workshops (s. o.) ausgesprochen.

*Juliane Brandt*

### **Konferenz: Literatur – Kultur – Zivilgesellschaft. Zur Habsburger Prägung des Bildungswesens in der Bukowina und Nachbarregionen zwischen 1848 und 1940**

Vom 16. bis zum 20. Oktober 2013 fand die vom Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e. V. an der Ludwig-Maximilians-Universität München (IKGS) in Zusammenarbeit mit der Jurij-Fedkowytsch-Universität Czernowitz/Chernivtsi veranstaltete Konferenz *Literatur – Kultur – Zivilgesellschaft. Zur Habsburger Prägung des Bildungswesens*

in der Bukowina und Nachbarregionen zwischen 1848 und 1940 in den Räumlichkeiten der Universität Czernowitz sowie dem Konferenzraum der Toynbee-Halle statt. Fachleute aus Deutschland, Großbritannien, der Republik Moldau, den Niederlanden, Österreich, Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn widmeten sich Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Innovationen und Transferprozessen auf dem Kultur- und Bildungssektor und den damit verbundenen zivilgesellschaftlichen und emanzipatorischen Initiativen in der Region. Wie Markus Winkler (Jassy/Iași), der für die wissenschaftliche Konzeption verantwortlich war, in seiner Einführung darlegte, lautete die forschungsleitende Frage der Konferenz, inwiefern das Bildungserbe der Habsburgermonarchie und die Sozialisation ihrer Bewohner in einer ausdifferenzierten Bildungs- und Wissenslandschaft auch in der Zwischenkriegszeit für die Bewohner und die nachfolgende Generation prägend war. Die Untersuchung eines »historischen Bildungsmanagements«, das vor dem Ersten Weltkrieg mitunter auch zur Konfliktlösung in einer multikulturellen Gesellschaft beigetragen hat, sollte Rückschlüsse auf die Frage zulassen, welche Strategien sich in der Vergangenheit für die Stärkung der Zivilgesellschaft als sinnvoll erwiesen haben. Um diese Fragen möglichst umfassend zu beantworten, wurden in sieben Sektionen räumliche, institutionelle, akteursbezogene und literaturwissenschaftliche Perspektiven entwickelt. Ferner wurden Fragen der Verflechtung mit den Nachbarregionen Galizien, Moldau, Siebenbürgen, Dobrudscha und zum Verhältnis zur Hauptstadt Wien und anderen Metropolen der Donaumonarchie aufgeworfen. Gruppenbezogene Zugänge (Nation/Ethnie, Konfession, Geschlecht, soziale Schichten) wurden den Biographien relevanter Akteure gegenübergestellt.

Die erste, von Kurt Scharr (Innsbruck) moderierte Sektion widmete sich dem *Bildungswesen institutionell: Universitäten*. Jan Surman (Marburg/Wien) und Katrin Steffen (Lüneburg) betteten die Universität Czernowitz in ein größeres regionales Umfeld ein, indem sie die *Typologie Habsburgischer Universitäten* am Beispiel der galizischen Universitäten in Krakau/Kraków und Lemberg/Lwów/L'viv verglichen. Sie zeigten, wie der intellektuelle Diskurs und der universitäre Alltag sprachliche und kulturelle Differenzen mit unterschiedlichem Erfolg überbrücken konnten. Gleichzeitig verwiesen sie dabei auf das Phänomen, dass ebendiese Bildungsinitiativen erst die Grundlage für nationale Emanzipationsbestrebungen darstellten und letztlich auch zur nationalen Segregation führten. Die Tatsache, dass Geisteswissenschaft und politisches Engagement vor wie nach dem Ersten Weltkrieg kaum voneinander zu trennen waren, zeigte Mariana Hausleitner (Berlin) mit ihrem vergleichenden Beitrag zu den Historikern Raimund Friedrich Kaindl und Ion Nistor auf, deren Karrieren an der Universität Czernowitz begannen. Die dabei wesentlichen Themen – der zunehmende Ethnozentrismus, die in der »Provinz« beginnenden, aber auch von dort wegführenden Karrierewege und der beschleunigte Wandel, den das akademische Milieu mit dem Ersten Weltkrieg durchlief – griff in der Folge auch Jeroen van Drunen (Amsterdam) mit seinem Vortrag über *Deutsche Kultur und geistiges Proletariat* an der Franz-Josephs-Universität Czernowitz auf. Die mobile und organisierte Studentenschaft fungierte als wichtigster ideologischer Vermittler zwischen den verschiedenen Universitätsorten innerhalb und außerhalb der Donaumonarchie. Der Akademikerüberschuss und die damit verbundene Entstehung eines »akademischen Proletariats«, die sich um die Jahrhundertwende immer deutlicher abzeichnete, trugen dabei wesentlich zur nationalen Radikalisierung bei.

Die zweite Sektion unter der Leitung von Ion Lihaciu (Jassy/Iași) legte ihren Schwerpunkt auf *Bildungsakteurinnen aus der Bukowina*. Peter Rychlo (Czernowitz) stellte die literarische und publizistische Arbeit von Eugenie Schwarzwald (1872–1940) vor. Die in Galizien geborene Schwarzwald war eine der bekanntesten Persönlichkeiten im Wiener Kultur- und Bildungsleben in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, auf die sich unter anderen Elias Canetti, Karl Kraus und Robert Musil in ihren Werken bezogen. Die studierte Germanistin gilt als eine der maßgeblichen Vordenkerinnen und Gestalterinnen des modernen Mädchenbildungswesens. Andrei Corbea-Hoișie (Jassy/Iași) stellte im Anschluss Susanna Rubinstein vor, die wie Schwarzwald aus einem in Transformation befindlichen, nach Assimilation strebenden jüdischen Milieu im Osten der Donaumonarchie stammte. Auch sie gehörte zu den ersten Frauen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, und machte sich später vor allem mit ihrer von ihrem Psychologiestudium beeinflussten Exegese Friedrich Schillers einen Namen.

Die dritte Sektion mit dem Titel *Bildungsangebote der jüdischen Gemeinde* fand unter der Leitung von Susanne Marten-Finnis (Portsmouth) im Konferenzraum der jüdischen Toynbee-Halle statt. Markus Winkler ging in seinem Referat auf die Bedeutung dieses 1913 errichteten Gebäudes für die jüdische Bevölkerung der Stadt ein. Ausgehend von der sozialutopischen Vision Arnold Toynbees, die auf der ursprünglich christlich-sozialen Settlement-Idee einer sozialen und geistigen Emanzipation ärmerer Schichten basierte, entstanden in ganz Europa solche nach ihrem geistigen Wegbereiter benannte Einrichtungen. Die Toynbee-Halle steht nicht nur für eine regionale zivilgesellschaftliche Initiative nach internationalem Vorbild, sondern verweist auch auf den Pluralismus innerhalb der jüdischen Bevölke-

rung: Im Gegensatz zum jüdischen Nationalhaus stand sie für die Verbreitung der zionistischen Idee. Ins späte 18. und frühe 19. Jahrhundert führte Péter Varga (Budapest) in seinem Referat zu Herz Homberg und Josef Perl, zwei Vordenkern einer Säkularisierung des bis ins 19. Jahrhundert sehr traditionellen jüdischen Bildungswesens. Ihre Reformen in Galizien und der Bukowina können als eine Basis der stärker werdenden Kluft zwischen Modernisierungsbestrebungen und traditionellen Strömungen in der jüdischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Mykola Kuschnir, der Leiter des jüdischen Museums in Czernowitz, vertiefte diesen Aspekt mit seinem Vortrag über die Säkularisierung des jüdischen Schulwesens am Beispiel der Bukowina.

Thematisch anschließend an die vorherigen Sektionen wurden in Sektion vier (*Bildungswesen institutionell: Schulen*) unter der Leitung von Péter Varga Fragen nach der Entwicklung des Schulwesens in der Region gestellt. Bohdana Labinska (Kiew) berichtete über ihre Forschungsergebnisse zur Entwicklung des Unterrichts von Deutsch als Fremdsprache an ruthenischen Schulen in der Bukowina und in Galizien in den Jahren 1867 bis 1939. Den administrativen Rahmen für das Schulwesen habsburgischer Prägung stellte Serhij Lukanjuk (Czernowitz) in seinem Vortrag über den *Landesschulrat als Verwaltungsorgan* in Galizien um die Jahrhundertwende vor. Er zeigte die Erfolge dieser Institution auf, wies jedoch darauf hin, dass die Analphabetenquote trotz der zunehmenden staatlichen Investitionen in das regionale Schulwesen erst kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges deutlich zu sinken begann. Constantin Ungureanu (Chișinău) widmete sich der Lage der Mittelschulen in der Bukowina zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Mehrsprachigkeit war aufgrund der unterschiedlichen sprachlichen Sozialisierung der Schüler, die diese Bildungseinrichtungen besuchten, vor

der Jahrhundertwende eine gängige Praxis. Die deutsche Sprache fungierte in diesem Rahmen meist als eine Art *lingua franca*, deren Erwerb einen Ausbruch aus dem als eng empfundenen provinziellen Milieu ermöglichte. Gleichzeitig repräsentierte sie bei den nicht-deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen in zunehmendem Maße ein Hindernis für die von der nationalen Emanzipationsbewegung angestrebte sprachliche Einheit. In der Diskussion wurde diese Ambivalenz des »Deutschen« noch einmal herausgearbeitet.

Sektion fünf – *Bildungswesen in der Region* – schloss eng an die Fragestellung der vorhergehenden Sektion an. Von Andrei Corbea-Hoişie moderiert, präsentierte Josef Sallanz (Magdeburg) das historische Bildungswesen der Dobrudschadeutschen zwischen *Anspruch und Wirklichkeit*. Der Anschluss der Dobrudscha an das Königreich Rumänien im Jahr 1878 stellte für die Deutschsprachigen der Region ein ambivalentes Ereignis dar: einerseits brachte die Einführung der allgemeinen Schulpflicht einen Modernisierungsschub, gleichzeitig setzte jedoch über die Mittel der Bildungspolitik ein von der Politik gewollter Rumänisierungsprozess ein. Ist der Einfluss des »Habsburger Bildungs-ideals« in der Dobrudscha mittels vor allem aus Siebenbürgen und dem Banat angeworbener Lehrer nur mittelbar festzustellen, konnte Ion Lihaciu in einem gemeinsam mit Ana-Maria Minuţ (beide Jassy/Iaşi) verfassten Vortrag nachweisen, dass die deutsche Sprache besonders in den Anfängen der rumänischen Sprachforschung und -vermittlung in den habsburgischen Kronländern Siebenbürgen und Bukowina von essentieller Bedeutung war. Sie wurde als geeignete Sprache für die Beschreibung der rumänischen Grammatik und teilweise auch als Ausgangssprache für lexikalische Erneuerungsversuche herangezogen. Populäre Bücher und wissenschaftliche Werke wurden zu-

meist aus dem Deutschen übersetzt und erschienen gelegentlich in zweisprachigen Fassungen.

Sektion sechs beschäftigte sich unter dem Vorsitz von Mariana Hausleitner mit *Nationalen und religiösen Bildungsinitiativen*. Benjamin Grilj (Wien) analysierte in einer vergleichenden Annäherung die für die Bukowina bislang kaum aufgearbeiteten Aktivitäten des deutschen Schulvereins und der rumänischen Kulturliga. Sich aus nationalen und strukturellen Gesichtspunkten unterscheidend, weisen die beiden Organisationen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf: Beide wurden in jeweiligen nationalen »Zentren« gegründet, von »außerhalb« finanziert, standen in engem Austausch mit der Universität und trieben den chauvinistisch-nationalen Diskurs voran. Tetyana Kloubert (Augsburg) stellte im Anschluss ein Projekt des Lehrstuhls für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität Augsburg vor, das sich zur Aufgabe macht, die »nationale Frage« in Czernowitz aus der Perspektive der »kulturellen und interkulturellen Erwachsenenbildung« zu bearbeiten. Nicht die zweifellos vorhandene Forcierung des Nationalismus durch die Aktivitäten der ukrainischen, rumänischen, polnischen, deutschen und jüdischen Nationalhäuser soll im Vordergrund einer solchen Analyse stehen, sondern die »fruchtbare Konkurrenz« und der gegenseitige Austausch im Rahmen der von diesen Institutionen durchgeführten Bildungsarbeit. Einen weiteren innovativen Ansatz zur Analyse von regionalen Modernisierungsprozessen stellte Kurt Scharf mit seinem laufenden Projekt zum Bukowiner griechisch-orientalischen Religionsfonds vor. 1783 gegründet, sollte diese Einrichtung auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu einem wichtigen politischen Faktor in der Region werden. Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieses Projekts wurde in der anschließenden Diskussion

noch einmal betont, dass eine apodiktische Zuordnung von Personengruppen zu einer nationalen Gruppe nicht zielführend ist. Um diesen »gruppistischen« Ansatz zu überwinden, wird es bei zukünftigen Forschungsansätzen notwendig sein, noch stärker auf einzelne Akteure und Institutionen zu fokussieren.

In der der Literaturwissenschaft gewidmeten siebten und letzten Sektion mit dem Titel *Bildungsprägung: Literatur/Archivwesen* wurden unter der Leitung von Peter Rychlo biographische Beispiele von Mehrsprachigkeit und literarische Perspektiven auf das Erziehungswesen vorgestellt. Cristina Spinei (Jassy/Iași) beschrieb die literarische Produktion Georg Drozdowskis, einer vielseitigen Persönlichkeit des Czernowitzer Kulturlebens der Zwischenkriegszeit, als einen kreativen Prozess der Kulturvermittlung. Drozdowski, der polnische und französische Wurzeln hatte, beschrieb seine Identität selbst als »österreichisch« und sah sich stets als Vermittler zwischen den Kulturen und Sprachen. Er erschloss einem deutsch lesenden Publikum Lyrik aus dem Polnischen, Rumänischen und auch aus dem Spanischen. Während er in seinen Texten eine positiv konnotierte, gleichsam »altösterreichische« Erinnerung kreierte, steht die von Kati Brunner (Czernowitz) vorgestellte Olha Kobylanska (1863–1942) in ihrer literarischen Entwicklung paradigmatisch für die Dynamik des nationalen Emanzipationsprozesses in der Region. Die in der Südbukowina geborene Autorin mit ukrainischem Hintergrund hatte ihre ersten lyrischen Gehversuche auf Polnisch unternommen, griff jedoch bald auf ihre Bildungssprache, das Deutsche, zurück, um ihr erstes Hauptwerk in Prosa zu verfassen. Nachhaltige Erfolge feierte sie jedoch erst, als sie ins Ukrainische wechselte, um sich literarisch auszudrücken. Der Vorwurf ihrer »Deutschheit« verhinderte eine stärkere Rezeption im sowjetischen und später im

nationalen ukrainischen Diskurs. Im kulturellen Gedächtnis der Stadt Czernowitz nimmt sie jedoch einen bedeutenden Platz ein. Francisca Solomon (Jassy/Iași) zeichnete anhand der galizischen und bukowinischen Autoren Nathan Samuely, Karl Emil Franzos, Alexander Spiegelblatt und Edgar Hilsenrath die Erinnerung an die Erziehung im Cheder, der traditionellen jüdischen Schule, nach. Arbeiteten sich vor allem progressive Autoren an der Rückständigkeit dieser Bildungseinrichtung ab, erfuhr der Cheder nach dem Holocaust eine literarische Verklärung. Die Sektion wurde von einem Exkurs Natalia Masijans (Czernowitz) zu den das Bildungswesen betreffenden Beständen des Czernowitzer Gebietsarchivs abgerundet.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Tagung war die Herstellung von Gegenwartsbezügen, was nicht nur in den Diskussionsbeiträgen und in der vorbereitenden und begleitenden Medienarbeit zum Ausdruck kam, sondern auch mit mehreren Exkursionen vermittelt wurde: Prof. Peter Rychlo führte durch die Stadt, zudem wurde das zum UNESCO-Weltkulturerbe zählende Universitätsgelände besichtigt. Direktor Mykola Kuschnir präsentierte das von ihm geleitete jüdische Museum und organisierte den Besuch mehrerer deutscher und jüdischer *lieux de mémoire* (Erinnerungsorte).

Bei der Zusammenfassung der Tagungsergebnisse durch Markus Winkler und Susanne Marten-Finnis wurde festgehalten, dass die Möglichkeiten, die die Erforschung der Bukowina bietet, bis jetzt nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft wurden. In den Vorträgen und den anschließenden Diskussionen wurde deutlich, welche wichtige Funktion die deutsche Sprache als Vermittlerin von Bildung, Kultur und Ideen bei allen Gruppen der Bukowina einnahm. Ohne ein idealisiertes Bild vom Zusammenleben in der Region zu zeichnen, wurde herausgearbeitet, dass das Deutsche eine wichtige soziale Brücken-

und Klammerfunktion erfüllte. Gleichzeitig stellten Mehrsprachigkeit und multiple Identitäten einen spezifischen Modernisierungsfaktor in der Bukowina dar. Erst gegen Ende des »langen 19. Jahrhunderts« begannen chauvinistische und nationalistische Strömungen verstärkt zu wirken, die in Antisemitismus und nationaler Segregation mündeten. Als spezielle Desiderata wurden Fragestellungen zum multiethnischen Zusammenleben und eine kritische Untersuchung des »Mythos Czernowitz« genannt. In diesem Zusammenhang wurde das IKGS als eine mögliche Plattform für die engere Vernetzung der Bukowina-Forschung vorgeschlagen. Ein Tagungsband ist in Vorbereitung.

Bei der organisatorischen Durchführung standen Markus Winkler und Florian Kühner-Wielach (IKGS) das Büro für internationale Beziehungen der Universität Czernowitz, das Team der Kulturplattform »Zentrum Gedankendach« sowie ein Organisationsteam von Studierenden zur Seite. Die im Vorfeld durchgeführte Medienarbeit wurde mit mehreren Zeitungsberichten sowie der Anwesenheit zweier regionaler Fernsehsender bei der Eröffnung der Konferenz honoriert.

*Florian Kühner-Wielach*

### **Deutsche, Juden und die einheimische Bevölkerung. Ein Vortrag zum Holocaust im Baltikum 1941–1944**

Am 14. November 2013 hielt Joachim Tauber, Direktor des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. (IKGN) an der Universität Hamburg, auf Einladung des IKGS im Internationalen Begegnungszentrum München einen Vortrag zum Holocaust im Baltikum. Die drei Staaten Litauen, Lettland und Estland waren erst nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. In ihnen lebten jüdische Gemeinschaften unterschiedlicher Größe, von nicht ganz 4500 Mitgliedern in Estland, etwa 90000 in Lettland und – nach

unterschiedlichen Schätzungen – 150000 bis 250000 in Litauen. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt fielen die baltischen Staaten in die sowjetische Interessensphäre. Nachdem die Sowjetunion bereits im Herbst 1940 die Errichtung von Militärbasen erzwungen hatte, wurden die Staaten im Juni 1940 von der Sowjetunion annektiert und im August desselben Jahres auch formal dem Staatsverband angegliedert. Enteignungen und die Umgestaltung der Wirtschaft nach sowjetischem Muster sowie die Entmachtung und Verfolgung der alten Elite kulminierten im Juni 1941 in deren Deportation nach Sibirien. Unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 marschierten deutsche Truppen in den baltischen Staaten ein. Nach der vollständigen Machtübernahme durch die deutschen Besatzer begannen systematische Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegen die verbliebene jüdische Bevölkerung, in deren Folge Estland auf der Wannseekonferenz im Januar 1942 als erstes Land als »judenfrei« bezeichnet wurde. In Litauen mit seiner relativ großen jüdischen Bevölkerung, die in wirtschaftlichen Führungspositionen stark vertreten war, sonst aber das gesamte Spektrum vor allem städtischer Berufe umfasste, kam es zu einer besonders schnellen und brutalen Vernichtungssorgie, die den Verfolgten die geringste Überlebenschance unter allen von den Deutschen besetzten Ländern beließ.

Am Beispiel Litauens lässt sich zeigen, warum die Erinnerung an den Zeitraum 1940–1944/45 noch heute ein besonders umstrittenes Thema im Geschichtsdiskurs der Region ist. Unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch erfolgten Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung und Massenerschießungen von Männern, die schließlich spätestens Ende Juli/Anfang August 1941 in den systematischen Massenmord an *allen* Juden einmündeten. Ab Sommer 1943 wurden dann die Ghettos liquidiert und damit auch die letzten Op-